

Rede von Konrad Adenauer über die europäische Integration (Brüssel, 25. September 1956)

Quelle: ADENAUER, Konrad. Europa muß sich einigen. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1956.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_konrad_adenauer_uber_die_europaische_integration_brussel_25_september_1956-de-ea27a4e3-4883-4d38-8dbc-5e3949b1145d.html

Publication date: 05/11/2015



Rede von Konrad Adenauer vor den "Grandes Conférences Catholiques" über die europäische Integration (Brüssel, 25. September 1956)

I

Ich darf zunächst meinen herzlichen Dank aussprechen für die Einladung in diesem illustren Kreise. Besonders dankbar bin ich, über „Europa“ sprechen zu können. Über Europäische Integrationspolitik sind in den vergangenen Jahren mehrere Vorträge vor Ihnen gehalten worden, u. a. von den Herren Bidault, Plevin, Schuman, van Zeeland, Pella. Es liegt auf der Hand, daß ich manche Gedanken, die vor Ihnen schon einmal ausgesprochen worden sind, wiederholen muß. Ich bitte, mir das zu verzeihen. Aber die „europäische Not“ - ich gebrauche diesen Ausdruck mit Absicht - ist seit jenen Reden immer weiter gestiegen, ohne daß die Europäer sich zu viel mehr aufgegriffen haben, als zu Konferenzen. Sie haben sich nur zögernd und mühsam in einzelnen Fällen zu einem gemeinsamen Handeln entschlossen.

Ich möchte zu Ihnen nicht in erster Linie sprechen über gemeinsame wirtschaftliche Interessen, sondern über die Verantwortung, die wir auf Grund der allen europäischen Völker gemeinsamen christlichen Kultur in der Politik tragen. Von der zwingenden Notwendigkeit einer gemeinsamen Europäischen Politik der Europäischen Staaten möchte ich sprechen. Es scheint mir das deshalb besonders notwendig, weil anscheinend eine völlig neue politische Gruppierung sich auf unserer Erde abzeichnet; diese neue politische Gruppierung zwingt uns, ihre Folgen für die europäischen Länder zu untersuchen. Wenn neue politische Entwicklungen sich auf der Erde abzuzeichnen beginnen, dann dürfen wir die Frage der Zukunft der europäischen Länder und Europas nicht mehr vornehmlich unter dem Gesichtspunkte der Vergangenheit, wir müssen sie unter dem Gesichtspunkt der Zukunft sehen, im Hinblick auf diese neuen politischen Entwicklungen auf der Erde. Wir müssen aber auch danach handeln, und es ist Zeit zu handeln, weil sonst Europa abtreten wird von der Bühne des Weltgeschehens, auf der es, mit den Griechen und Römern beginnend, Jahrtausende hindurch eine beherrschende Rolle gespielt und im großen und ganzen der Kultur, dem Fortschritt, der Menschheit die größten Dienste erwiesen hat.

Die Entwicklung und der Verlauf der Suezkanal-Frage ist noch nicht abgeschlossen, und ich darf sie deshalb nicht hier in den Kreis meiner Betrachtungen ziehen, aber die Entwicklung dieser Frage zeigt doch für jeden, der Augen hat zu sehen, wie es zur Zeit mit Europa, seinem politischen und wirtschaftlichen Einfluß in der Welt bestellt ist.

Zu ihrem Beginn nach dem Kriege hatte die Politik der Europäischen Integration als Hauptziel, Kriege unter europäischen Völkern für die Zukunft auszuschließen. Aus dieser politischen Zielsetzung heraus wurde der Europarat gegründet, wurde von Frankreich der Vorschlag der Montan-Union gemacht.

Ich bin der Auffassung, daß das Ziel der ersten Periode der Europäischen Integration erreicht ist: Kriege unter europäischen Völkern gehören endgültig der Vergangenheit an. Das Gefühl der gemeinsamen Interessen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit ist inzwischen so stark Allgemeingut der europäischen Völker geworden, andererseits hat die Waffentechnik solche Entwicklungen genommen, daß die Periode der Kriege europäischer Völker gegeneinander endgültig abgeschlossen ist.

Nach Europarat und Montan-Union kam der Gedanke einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft auf. Seine Verwirklichung ist zum Teil gescheitert durch einen übersteigerten Perfektionismus bei der Schaffung der Verträge, er ist aber auch deshalb gescheitert, weil die Überzeugung von der Notwendigkeit eines militärpolitischen Zusammenschlusses der europäischen Völker zum Zwecke der Verteidigung noch nicht Allgemeingut geworden war. Dem Plane des Zusammenschlusses zu einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft folgte die Gründung der WEU unter Einschluß Großbritanniens. Ich weiß nicht, ob sie der neuen politischen Entwicklung, die sich auf der Erde abzuzeichnen beginnt, genügt.

II

Ich sehe den Anfang einer neuen politischen Entwicklung auf der Erde im Wirksamwerden folgender Elemente:

1) Sowjet-Rußland konsolidiert sich immer mehr dank der politischen Uneinigkeit des Westens als eine auf kommunistischen, diktatorischen Grundsätzen beruhende Weltmacht. Rußland hat seit jeher expansive, d. h. alle seine Nachbarn bedrohende Tendenzen gehabt, ein kommunistisches Rußland hat diese Tendenzen in noch stärkerem Maße als das zaristische.

2) Im Verlauf der letzten Jahrzehnte hat sich die politische und wirtschaftliche Macht der freien Völker immer mehr auf die Vereinigten Staaten konzentriert. Ich erkenne mit Dank und Bewunderung an, daß die Vereinigten Staaten sich der Verantwortung, die der Besitz der wirtschaftlichen und politischen Macht, die die Vormachtstellung mit sich bringt, voll bewußt sind. Aber die europäischen Länder können nicht auf die Dauer ihre großen Kräfte zum Segen ihrer Völker und der Menschheit voll entfalten, wenn sie fortfahren, ihr Heil und ihre Sicherheit lediglich durch die Patronage der Vereinigten Staaten zu finden. Das kann und darf kein Dauerzustand werden, weil dadurch die europäischen Kräfte mit der Zeit der Erschlaffung verfallen und weil auch die Vereinigten Staaten nicht gesonnen sind, auf die Dauer die Sorge für Europa in einem Umfange zu übernehmen, der den Amerikanern einfach nicht zugemutet werden kann. Lebensnotwendigkeiten der europäischen Staaten müssen nicht immer auch Lebensnotwendigkeiten der Vereinigten Staaten sein und umgekehrt, daraus können sich Verschiedenheiten der politischen Auffassungen ergeben, die zu selbständigem politischem Vorgehen führen müssen.

Die europäischen Völker müssen sich, je mehr der letzte Krieg seine unmittelbaren Rückwirkungen auf die jetzige Zeit verliert und zur Geschichte wird, auf ihre eigene Stärke und Verantwortung besinnen, schon - lassen Sie mich auch das noch einmal wiederholen -, weil man den Vereinigten Staaten nicht zumuten kann, bei ihrer Politik in erster Linie an europäische Interessen zu denken.

3) Als ein weiteres Element einer eintretenden neuen politischen Entwicklung auf der Erde hat sich der enorme Unterschied der politischen und wirtschaftlichen Kraft zweier Staaten und der übrigen Länder gezeigt. Sie wissen, daß sich diese zwei Staaten, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion, zu politischen und zu wirtschaftlichen Weltmächten entwickelt haben, die alle europäischen Länder bei weitem überragen. Ich weiß nicht, ob es gerechtfertigt ist, von irgendeinem europäischen Staat noch in *dem* Sinne als Großmacht zu sprechen, wie man das mit Fug und Recht zu Beginn dieses Jahrhunderts tun konnte. Wenn aber ein Großer und ein Kleiner oder ein Großer und mehrere Kleine zusammen Politik treiben wollen, dann ergibt sich ganz von selbst bei dem Großen ein Führungsanspruch, bei den Kleinen ein Abhängigkeitsgefühl. Das ist unter den verschiedensten Gesichtspunkten nicht gut; unbedingt führt das Abhängigkeitsgefühl der Kleinen aber im Laufe der Entwicklung zum Nachlassen seiner Kräfte. Die technische Entwicklung, die Entwicklung der nuklearen Waffen, die Monopolstellung, die die zwei Weltmächte dadurch erhalten, führt auf die Dauer zu untragbaren Verhältnissen für alle Kleinen.

4) Noch ein viertes Element weltpolitischer Bewegung von größter Tragweite, das erst nach 1945 in Erscheinung getreten ist, ist das Erscheinen nichtweißer Völker auf der Bühne des politischen Weltgeschehens. Ich glaube, es genügt, um Ihnen die Bedeutung dieses neuen politischen und wirtschaftlichen Faktors klar zu machen, wenn ich Ihnen die beiden größten Vertreter nenne: Rot-China und Indien, die allerdings eine sehr verschiedene Entwicklung durchlaufen haben und wenn ich darauf hinweise, daß sich durch das Auftreten Ägyptens in der Suez-Frage, Ägyptens, das sich als arabische Vormacht betrachtet, eine für Europa äußerst peinliche Lage entwickelt hat, eine Lage, deren Entwicklung noch gar nicht zu überschauen ist.

III

Ich komme zu der Frage des europäischen Zusammenschlusses selbst. Bitte, verstehen Sie, daß ich hier nur Grundsätze, keine Einzelheiten erörtern kann.

Voran stelle ich die Forderung: Wir Europäer müssen klar erkennen, daß in Wirklichkeit seit dem letzten Kriege Entwicklungen und Verschiebungen politischer Natur eingetreten sind - ich habe sie kurz zusammengefaßt -, die uns nötigen, die Europäische Integration in erster Linie nicht mehr allein unter innereuropäischen politischen Gesichtspunkten, sondern unter weltweiten politischen und wirtschaftlichen

Gesichtspunkten zu sehen. Wenn wir das tun, so erscheint manche, aus nationalen Gründen uns bisher als groß erscheinende Hürde so klein, wie sie in Wirklichkeit ist.

Es hilft alles nichts, wir müssen manche auf nationalen Vorstellungen und Traditionen beruhenden Hemmungen angesichts der neuen Entwicklungen auf der Erde rücksichtslos über Bord werfen, und wir müssen *handeln*. Andere handeln auch. Eine Entwicklung, die wir Europäer nicht beeinflussen können, geht sonst einfach über uns hinweg. Wir Europäer fühlen uns m.E. viel zu sicher. Die politische und wirtschaftliche Vormachtstellung Europas, die zu Anfang dieses Jahrhunderts noch unbestritten war, ist lange dahin. Ob die europäische Kultur ihre führende Stellung behalten wird? Ich glaube nicht, wenn wir sie nicht verteidigen und den neueren Verhältnissen entsprechend entwickeln, denn auch Kulturen sind, wie die Geschichte zeigt, gefährdet.

Wir müssen noch ein weiteres lernen aus den Erfahrungen der letzten zehn Jahre: Die Verwirklichung der Europäischen Integration darf nicht unmöglich gemacht werden durch eine Krankheit unserer Zeit, den Perfektionismus. Die Europäische Integration darf nicht starr sein, sie muß so dehnbar und so elastisch sein wie eben möglich. Sie darf kein einschnürender Panzer sein für die europäischen Völker, sie muß vielmehr ihnen und ihrer Entwicklung ein gemeinsamer Halt, eine gemeinsame Stütze für eine gesunde, den berechtigten Eigenheiten eines jeden Einzelnen entsprechende Entwicklung sein. Die Einrichtungen, an die ich denke, müssen nicht unbedingt und sämtlich supranationalen Charakter tragen, wir wollen geeignete Formen wählen, um keinen Staat vom Beitritt abzuschrecken. Auf der anderen Seite darf das Wirken und das Wirksam werden einer solchen Föderation nicht von dem Willen oder den vermeintlichen Interessen eines einzelnen Mitgliedes abhängen. Ich bin überzeugt, daß sich ein Mittelweg zwischen den beiden Extremen finden läßt.

Zwei Fragen muß ich in diesem Zusammenhang noch berühren: nämlich die Fragen, welche Völker sollen Mitglieder werden können, wie soll das Gebiet der Föderation in sachlicher Hinsicht abgesteckt werden?

Nach meiner Meinung soll der Kreis der Teilnehmerstaaten an der Europäischen Föderation nicht begrenzt werden. Europas Geschick ist das Geschick eines jeden europäischen Staates. Das Arbeitsgebiet sollte so umfassend wie möglich sein. Man sollte die ersten Planungen, sowohl was die Zahl der Mitglieder wie das Arbeitsgebiet angeht, nicht von vorneherein zu weit gehen lassen, weil die Arbeit sonst sofort so kompliziert wird, daß man nicht weiter kommt und stecken bleibt. Aber wenn der erste Start gemacht ist, dann sollte man in der Ausdehnung und Vergrößerung nicht ängstlich sein.

Das Werk erfordert auf politischem und auf wirtschaftlichem Gebiet Kühnheit und Weitblick. Die politischen Vorteile werden sich bald zeigen, die wirtschaftlichen vielleicht nicht sofort, aber nach Überwindung der ersten Schwierigkeiten werden die Wirtschaften aller Beteiligten große Vorteile haben und nur auf diese Weise ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen schon bestehenden oder in der Entwicklung begriffenen großen Wirtschaftsräumen behaupten können.

Ich glaube nicht, daß eine solche Europäische Föderation die Wirksamkeit von NATO schädigen oder beeinträchtigen würde. Der Rahmen von NATO ist weiter gespannt als der einer Europäischen Föderation. Örtlich wie sachlich ist der Rahmen von NATO anders und weiter, und wo sich die Aufgabenkreise berühren oder überschneiden, wird eine Regelung und eine Abstimmung aufeinander leicht sein. NATO ist bestimmt zur Wahrung gewisser atlantischer Interessen, nicht zur Wahrung der gemeinsamen europäischen Interessen.

Ein besonderes Wort möchte ich noch zur Teilnehmerschaft Großbritanniens sagen. Großbritannien hat durch seinen Beitritt zur WEU im Jahre 1954 gezeigt, daß auch nach seiner Überzeugung wesentliche britische Interessen mit den Interessen der europäischen Länder auf dem Kontinent konform sind. Die Entwicklung seit 1954, insbesondere auch die Suezkrise hat diese Auffassung als richtig bestätigt. Die Haltung Großbritanniens ist von außerordentlich großer Bedeutung für die Zukunft Europas. Ich hoffe von Herzen, daß sie sich weiter entwickelt in der in den letzten Jahren eingeschlagenen Richtung.

Ich glaube, daß die baldige Gründung einer Europäischen Föderation nicht utopisch ist. Wir haben schon

bisher so viele Einzelregelungen, die man zusammenfassen kann und es harren so manche Gebiete einer gemeinsamen Regelung, daß man, wie ich glaube, bald zu einer lebensfähigen Institution kommen kann.

Die verschiedenen Zusammenschlüsse und Einzelregelungen rufen geradezu nach einer Zusammenfassung. Ich habe den Europarat und die Montan-Union sowie die Westeuropäische Union schon genannt. Ich weise hin auf die verschiedensten Vereinbarungen auf dem Gebiete des Verkehrs, auf die Liberalisierung des Handels, die den gemeinsamen Markt vorbereitet hat. Die Euratom-Frage muß ebenfalls in Bälde geregelt werden. Vor allem aber lassen Sie mich hinweisen auf den Geist der Zusammenarbeit, der in den Brüsseler Konferenzen unter Vorsitz des Herrn Ministerpräsidenten Spaak und auf der Konferenz in Venedig geherrscht hat. Er ist, glaube ich, das wesentlichste und beste Ferment bei der europäischen Zusammenarbeit und Zusammenfassung.

Ich spreche hier auf der „Grandes Conférences Catholiques“. Die katholischen Europäer müssen, wie mir scheint, bei dieser europäischen politischen Arbeit sich vor Augen halten, daß Staaten, in denen eine Milliarde Menschen wohnen, bewußt atheistisch gerichtet und gelenkt sind, weil sie die Freiheit der Person, die tief verwurzelt im christlichen Geiste ist, nicht anerkennen gegenüber der Allmacht des Staates. In der atheistischen Lenkung von einer Milliarde Menschen auf der Erde liegt eine außerordentlich große Gefahr für das christliche Denken und christliches Fühlen. Uns dieser Gefahr gegenüber zusammenschließen ist ein Gebot der Selbsterhaltung, ein Gebot des Gewissens, dem wir folgen müssen.

Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Ich habe Ihnen die Notwendigkeiten und Möglichkeiten europäischer Einigung zu zeigen versucht, wie sie sich mir darstellen. Ich habe Ihnen den Ernst der Lage zu schildern versucht und die Hoffnungen, die sich uns bieten.

An uns allen ist es, die Folgerungen zu ziehen. Die Kräfte des Verstandes allein reichen dazu nicht aus. „Die großen Gedanken kommen aus dem Herzen“ sagt ein berühmtes Wort. Und auch uns muß der große Gedanke Europa aus dem Herzen kommen, wenn er sich verwirklichen soll. Nicht in dem Sinne, als ob die Einigung Europas eine Angelegenheit des Gemütsbedürfnisses, der Sentimentalität wäre. Aber in dem Sinne, daß nur ein festes, der großen Aufgabe hingeebenes Herz uns die Kraft verleiht, das, was wir mit dem Verstand erkannt haben, entgegen allen Schwierigkeiten durchzuführen. Wenn wir diese Kraft finden, dann werden wir den Notwendigkeiten, von denen ich sprach, gerecht werden. Dann werden wir das Werk der Einigung vollbringen, dessen jedes unserer Länder bedarf, dessen Europa bedarf, dessen die ganze Welt bedarf.